

„Überschüssiger Schrott“ – Das heikle Resultat von Deutschlands Ökostrom-Unmaß

Welt, 05.08.2024, Daniel Wetzel

https://www.welt.de/wirtschaft/energie/plus252827980/Strompreise-ueberschuessiger-schrott-das-heikle-resultat-von-deutschlands-oekostrom-unmass.html?sc_src=email_6287999&sc_lid=620011127&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=1999&sc_cid=6287999&cid=email.crm.lc.eg.wp.nl.nl.em.wirtschaft.6287999&sc_eh=94c824e22aa172ca1

Das Angebot an Solar- und Windenergie übersteigt immer öfter die Nachfrage. Netzbetreiber müssen den Überschuss verklappen – und zahlen dabei schon jetzt häufiger drauf als im gesamten Jahr 2023. FDP-Politiker Michael Kruse übt Kritik. Er spricht von „Robert Habecks Erneuerbaren-Blindflug“.

Windräder und vor allem Solaranlagen produzieren Elektrizität immer öfter auch dann, wenn gar keine Nachfrage besteht. Doch die Netzbetreiber sind durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) verpflichtet, die wertlosen Kilowattstunden dennoch aufzunehmen, zu bezahlen und an der Strombörse in den Markt zu drücken.

Immer öfter gelingt dies nur, indem sie für die Verklappung der Überschussenergie noch Geld dazuzahlen. Solche „negativen Strompreise“ häufen sich immer mehr. Bereits im vergangenen Jahr mussten die Netzbetreiber an 301 Stunden des Jahres auf jeglichen Verkaufserlös verzichten und sogar noch Geld für die Entsorgung dazu zahlen.

In diesem Jahr wurde der Rekordwert von 2023 bereits im Juli gebrochen. Geht das so weiter, könnten im Gesamtjahr wohl an über 500 Stunden im Großhandel negative Strompreise auftreten, zulasten des Bundeshaushalts.

„Dass der Rekordwert von 301 negativen Strompreisstunden aus dem Jahr 2023 nun schon im Juli gebrochen wurde, zeigt, wie groß die Fehlanreize der blinden EEG-Förderung sind“, kritisierte der energiepolitische Sprecher der FDP im Deutschen Bundestag, Michael Kruse. Er forderte zu einer grundlegenden Änderung des Förderregimes auf.

„Robert Habecks Erneuerbaren-Blindflug muss durch ein System ersetzt werden, das einen Netz- und Speicherausbau vor dem Erneuerbaren-Ausbau priorisiert und Preissignale bis zur kleinsten Anlage wirken lässt“, sagte Kruse. Nur so könne „dauerhaft vermieden werden, dass überschüssiger Schrott-Strom die Netze verstopft, der zu anderen Zeiten dringend gebraucht wird“.

Solardächer und Balkonkraftwerke können nicht abgeregelt werden

Gegen die Überproduktion großer Wind- und Solarparks hatte die Bundesregierung schon Schritte eingeleitet. Nach Paragraf 51 EEG erhalten Anlagen mit mehr als 400 Kilowatt Leistung keine Vergütung mehr, wenn der Spotmarktpreis für Elektrizität länger als drei Stunden lang negativ ist.

Diese Regelung senkt die Kosten für den Bundeshaushalt und stellt zugleich einen Anreiz für die Betreiber dar, ihre Anlagen in diesen Zeiten vom Netz zu nehmen.

Doch alle Klein-Anlagen sind nicht betroffen: Solardächer und vor allem die inzwischen vielen hunderttausend „Balkonkraftwerke“ in Deutschland speisen Strom ins Netz, ohne abgeregelt werden zu können.

„Wir müssen endlich wegkommen von einem System, das nur die eingespeiste Strommenge belohnt“, fordert Kruse deshalb: „Viel wichtiger ist es, dass überall und zu jeder Zeit in Deutschland ausreichend Strom zur Verfügung steht.“ Jetzt müsse „endlich der Ausstieg aus der EEG-Förderung umgesetzt werden“.

Energiewende-Protagonisten sehen in den negativen Strompreisen vor allem einen Marktanreiz, in Speichertechnologien zu investieren. Überschüssiger Gratisstrom könne etwa in Keller-, Auto- oder Großbatterien eingelagert und in knappen Zeiten teuer verkauft oder selbst genutzt werden.

Die Überschussmengen an Solarstrom übertreffen die Speicherkapazitäten bei Weitem. Allein im vergangenen Jahr wurden Solarmodule mit einer Leistung von 14 Gigawatt in Deutschland installiert. Das entspricht der Leistung von 14 Atomkraftwerken, wenn die Sonne scheint.

Nur ein winziger Anteil der Solarstromproduktion kann gespeichert werden

Insgesamt sind nun 82 Gigawatt Fotovoltaik installiert, die im vergangenen Jahr 62 Terawattstunden Elektrizität produzierten. Nach Angaben des Bundesverbandes Solarwirtschaft hatten die Solarstromspeicher Ende 2023 allerdings nur eine Kapazität von 12 Gigawattstunden. Der Umrechnungsfaktor von 1000 zwischen Gigawattstunde und Terawattstunde weist darauf hin, dass nur ein winziger Teil der Solarstromproduktion aktuell gespeichert werden kann.

Die immer häufiger auftretenden negativen Strompreise an der Energiebörse werden auch von der Ökostrom-Branche selbst als Problem wahrgenommen. „Die zunehmenden Zeiten mit negativen Preisen am Strommarkt stellen ein immer größeres Problem für die betriebswirtschaftliche Grundlage von Neu- und Bestandsanlagen dar“, sagte der Geschäftsführer des Bundesverbandes Erneuerbare Energie (BEE), Wolfram Axthelm der Zeitung für kommunale Wirtschaft (ZfK): „Das gefährdet massiv die Investitionssicherheit und damit den klimapolitisch notwendigen Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland.“

Wie das Problem der negativen Strompreise gelöst werden kann, ist allerdings noch strittig. Die FDP etwa fordert, dass sich die erneuerbaren Energien schnellstmöglich ohne Subventionen selbst am Energiemarkt refinanzieren müssen.

„Der Strommarkt der Zukunft muss für eine günstige und sichere Stromversorgung über den Wettbewerb am Markt sorgen“, sagte Kruse. Die EEG-Förderung müsse beendet werden: „Ein Land wie Deutschland kann es sich im internationalen Wettbewerb nicht leisten, dauerhaft mit Steuer-Milliarden den größten Teil seines Energiesystems zu subventionieren und dadurch den Markt zu verzerren und Fehlanreize zu setzen.“

Die Erneuerbare-Branche fordert, die Stromproduktion von Wind- und Solaranlagen nicht zeitlich über 20 Jahre zu garantieren, sondern auf eine Mengenabsicherung umzustellen. Die Anlagenbetreiber könnten ihre Produktion dann weit über den

bislang 20-jährigen Förderhorizont hinaus strecken und weiter bezuschussen lassen. Ein rasches Ende des Beihilfe-Regimes wäre damit nicht zu erwarten.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) legte am Freitag ein Diskussionspapier zum zukünftigen „Strommarkt-Design“ vor. Eine Entscheidung über die dort zur Diskussion gestellten „Handlungsoptionen“ dürfte jedoch noch auf sich warten lassen.

„Eine angedachte Umstellung des Fördermechanismus für Erneuerbare Energien erfordert einen intensiven und ausführlichen Dialog seitens des BMWK mit der Branche“, erklärte der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW): „Hier steht viel auf dem Spiel: Unsichere Rahmenbedingungen werden zu einem Einbruch des Ausbaus Erneuerbarer Energien-Anlagen führen.“